

- Die clevere Alternative für Berlin und Brandenburg -

Pressemitteilung 51/2017

Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V.

Beratungsbüro:

Bürgerbüro Falkenhagener Feld Westerwaldstraße 9 13589 Berlin

Postanschrift:

AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e.V. Bayernring 27 a 12101 Berlin

Tel: 030 / 68 83 74 92 Handy: 0170 / 237 17 90

Mail: information.amv@gmail.com
www.mieter-verbraucherschutz.berlin

Deutsche Wohnen vor Umwandlung in eine SE und Sitzverlegung nach Berlin

Die Deutsche Wohnen AG plant die Umwandlung ihrer Rechtsform in eine Europäische Aktiengesellschaft (Societas Europea/SE) und will künftig als Deutsche Wohnen SE firmieren. Der Sitz der Gesellschaft soll von Frankfurt am Main nach Berlin verlegt werden.

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Deutsche Wohnen AG am 02.06.2017 in Frankfurt am Main soll unter TOP 10. beschlossen werden, die Deutsche Wohnen AG durch formwechselnde Umwandlung nach Art. 2 Absatz 4 in Verbindung mit Art. 37 der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 08.10.2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft ("SE-VO") in eine Europäische Gesellschaft (Societas Europaea, SE) umzuwandeln. Wie dem Wortlaut des Umwandlungsplans vom 19.04.2017 in der Präambel zu entnehmen ist, soll der Formwechsel, insbesondere vor dem Hintergrund des internationalen Aktionariats der Deutsche Wohnen AG, das Selbstverständnis einer offenen und internationalen Unternehmenskultur der Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Unter TOP 11. schlägt die Verwaltung die Sitzverlegung der Gesellschaft von Frankfurt am Main nach Berlin vor.

"Die Deutsche Wohnen AG, die Beteiligungen an mehreren Gesellschaften in Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden hält und in Berlin ca. 110.000 Wohnungen bewirtschaftet und damit Berlins größter Vermieter ist, will mit der Umwandlung ihrer Rechtsform ihr Profil als international tätiges Immobilienunternehmen schärfen und setzt weiterhin verstärkt auf

Vorstand: 1. Vorsitzender RA Uwe Piper, 2. Vorsitzender Ass. jur. Marcel Eupen **Vereinsregister:** Amtsgericht Charlottenburg - VR 33611 B

Gerichtsstand: Amtsgericht Spandau, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 27/660/64338 Bankverbindung: Postbank Berlin, IBAN: DE05100100100850579106, BIC: PBNKDEFF

die Internationalisierung ihres Geschäfts", sagte der 1. Vorsitzende des AMV - Alternativer Mieter- und Verbraucherschutzbund e. V., RA Uwe Piper. "Sie will als global agierender Konzern für ihren angestrebten Wachstumskurs für internationale Investoren eine moderne, supranationale Rechtsform bieten", ergänzte Piper. "Was für die Deutsche Wohnen als SE von Vorteil ist, dass sie in Zukunft im internationalen Geschäftsverkehr einheitlich auftreten kann und nicht mehr über eine Vielzahl von Tochtergesellschaften auftreten muss und für die zukünftige Steigerung des Bilanzgewinns und die Ausschüttung von Dividenden frohlocken lässt, bedeutet für die Mieterinnen und Mieter der Deutsche Wohnen auf längere Sicht nichts Gutes", orakelt Piper. "Sie fährt bereits heute eine aggressive Mieterhöhungspolitik zu Lasten ihrer Mieter", äußerte Piper. "Sie ist dafür bekannt, dass sie bei Mieterhöhungen den Berliner Mietspiegel nicht anerkennt und Mieten oberhalb der Obergrenze des Mietspiegels fordert, die Mietpreisbremse bei Neuvermietungen umgeht, die Instandhaltung und Instandsetzung kaputte Heizungen - vernachlässigt, teure Modernisierungen durchführt und einen schlechten Mieter-Service bietet, was ihr zu Recht ein Negativimage eingebracht hat", führte Piper aus. "Anstatt weiter im großen Stil auf Wachstumskurs zu gehen und ihren Jahresgewinn zu steigern, sollte die Deutsche Wohnen endlich eine sozial-verträgliche Mietenpolitik einführen, ihre Immobilien auf Vordermann bringen und den Mietern einen besseren Service bieten sowie ihr Kapital für den Wohnungsneubau verwenden," meint Piper. "Bis 2030 braucht Berlin mehr als 320.000 neue Wohnungen und keine börsennotierte Miet-Hai-SE", ereiferte sich Piper. "Die Deutsche Wohnen erlangt immer mehr eine marktbeherrschende Stellung in Berlin, die einen wirksamen Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt zum Nachteil der Wohnungsmieter erheblich behindert und den Berliner Mietspiegel massiv beeinflusst," so Piper. "Der AMV appelliert an die Berliner Politik, die Mieterinnen und Mieter der Deutsche Wohnen nicht im Stich zu lassen, sondern sie vor steigenden Mieten zu schützen", fordert Piper.

Berlin, den 31.05.2017

Ass. Marcel Eupen, Pressesprecher des AMV